
Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen

Information des MfS zur Bildung der "oppositionellen Vereinigungen und Bewegungen" "Sozialdemokratische Partei in der DDR", "Neues Forum", "Demokratische Initiative" und der Bürgerbewegung "Demokratie jetzt".

1989 geriet das SED-Regime in der DDR immer mehr unter Druck; immer mehr Bürger waren mit den Verhältnissen unzufrieden. Während einerseits viele Menschen die DDR verlassen wollten, wuchs bei Anderen der Wunsch, das Land zu reformieren und die Politik aktiv mitzugestalten. Im Herbst des Jahres begannen diese Oppositionellen damit, sich in Parteien und Verbänden zu organisieren. Das war nach dem Wortlaut der geltenden Verfassung der DDR erlaubt, lief jedoch dem totalen Machtanspruch der SED zuwider. Das MfS als "Schild und Schwert der Partei" beobachtete die neuen politischen Gruppen genau, setzte IM auf sie an und versuchte, sie zu kontrollieren, zu behindern und zu "zersetzen".

Die vorliegende Information an die Leiter der Dienstseinheiten des MfS fasst die Lage auf diesem Gebiet im September 1989 zusammen. Gleich mehrere Bürgerrechtsorganisationen hatten in diesem Monat ihre Vorstellungen zu den notwendigen Veränderungen formuliert und Gründungsaufrufe verfasst. Dabei handelt es sich um die Initiativgruppe "Sozialdemokratische Partei in der DDR", die Bewegung "Aufbruch 89 – Neues Forum", die "Demokratische Initiative – Initiative zur Erneuerung der Gesellschaft" (DI) und die Bürgerbewegung "Demokratie jetzt". Das Dokument enthält auch Vorschläge, wie gegen diese Gruppen politisch und disziplinarisch vorzugehen sei.

Als Anlage sind dem Dokument die Gründungsaufrufe der Gruppen sowie eine "Resolution" von Rockmusikern und Liedermachern vom 18. September 1989 beigelegt; letztere Erklärung nimmt unter anderem zur Gründung des Neuen Forums Stellung.

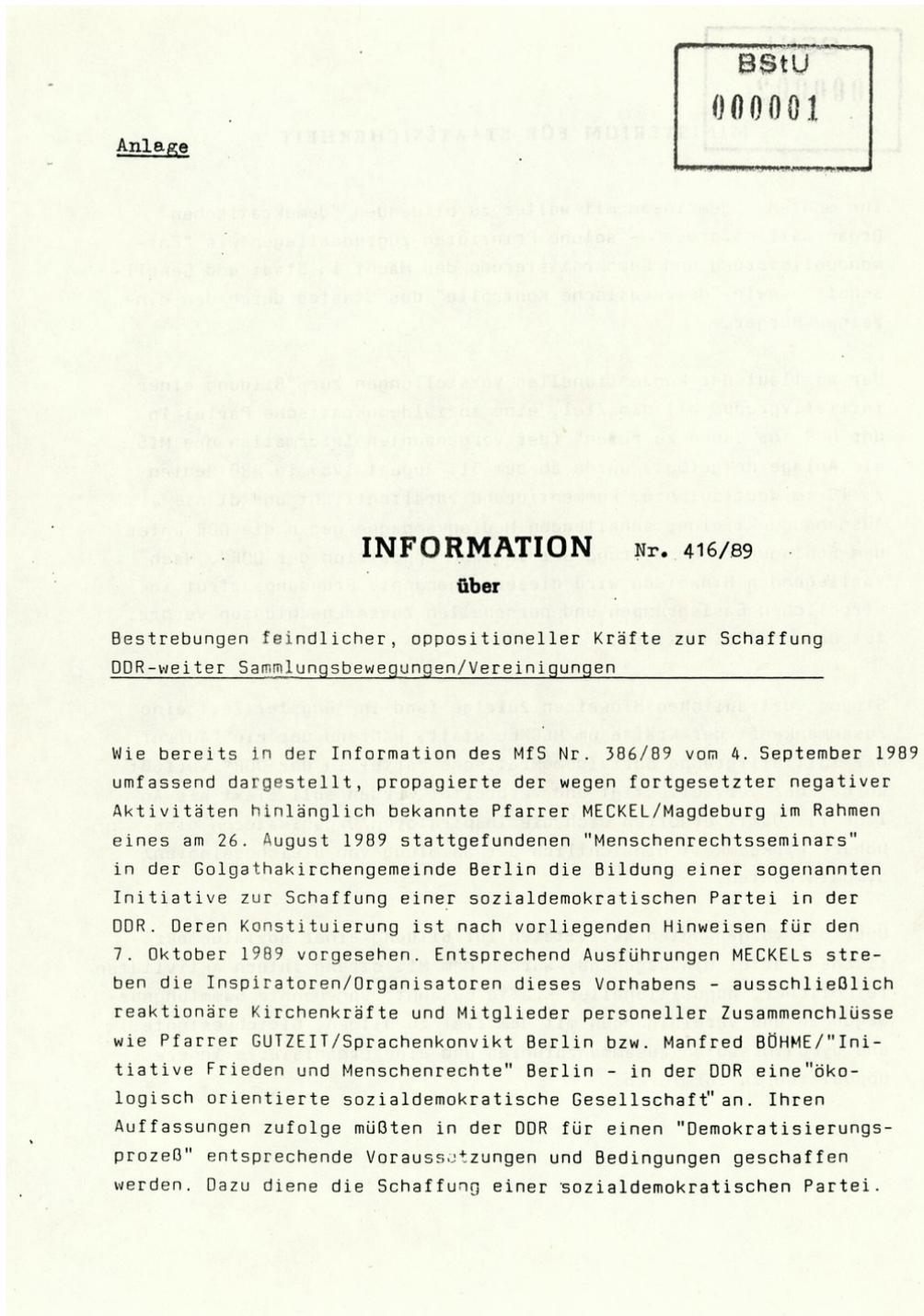
Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl. 1-27

Metadaten

Dienstseinheit: Büro der Leitung

Datum: 21.9.1989

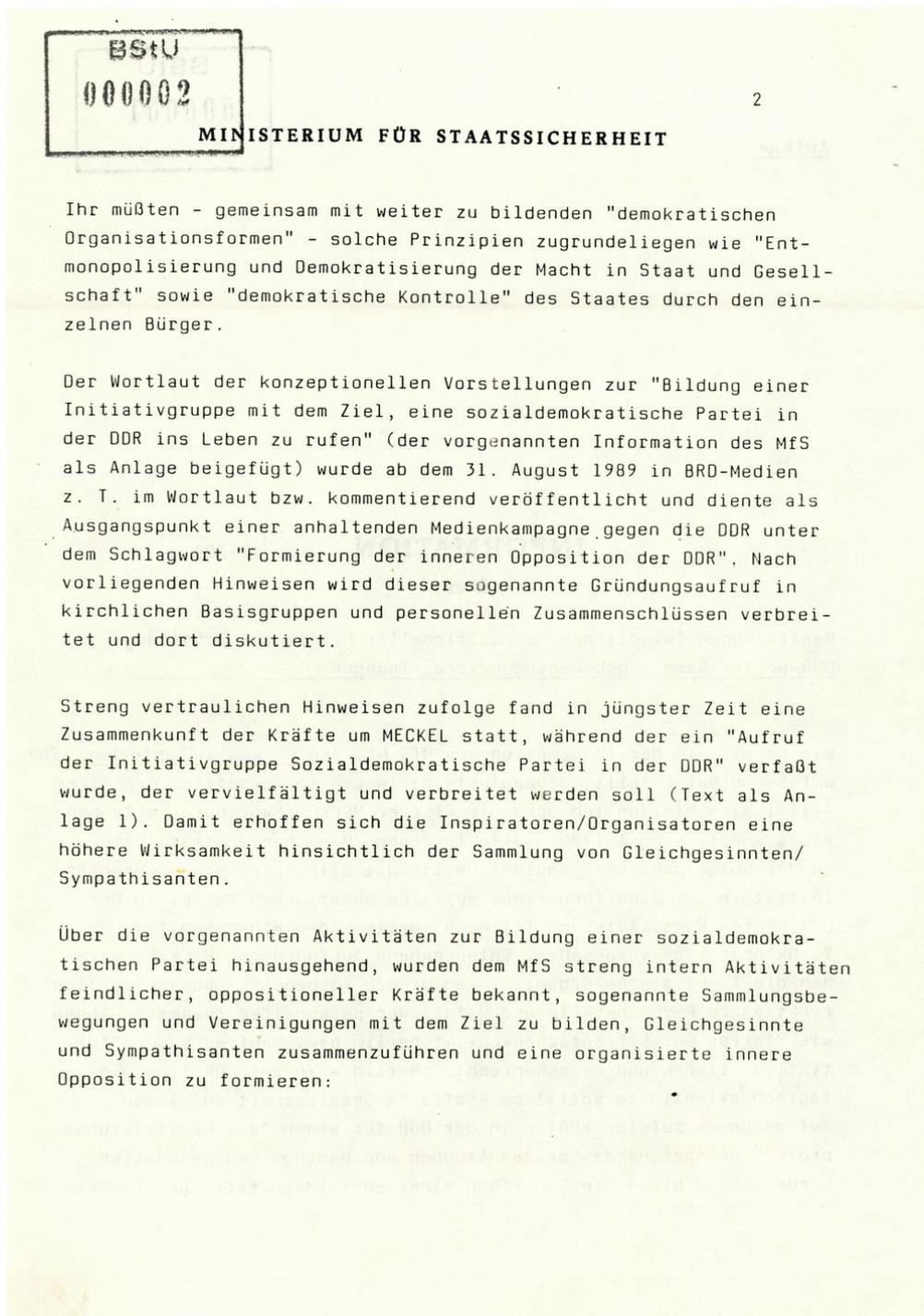
Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl 1-27

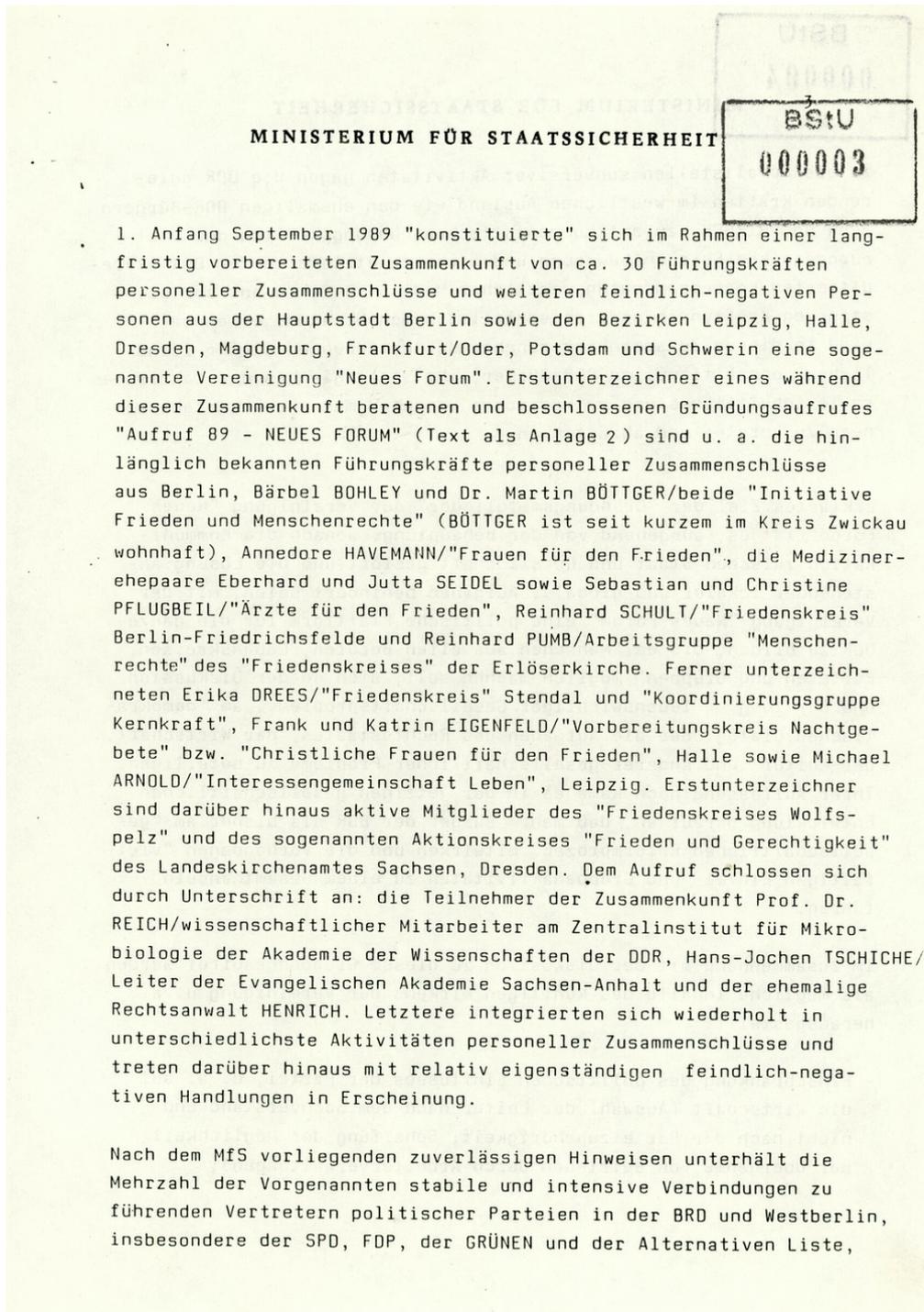
Blatt 1

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl 1-27

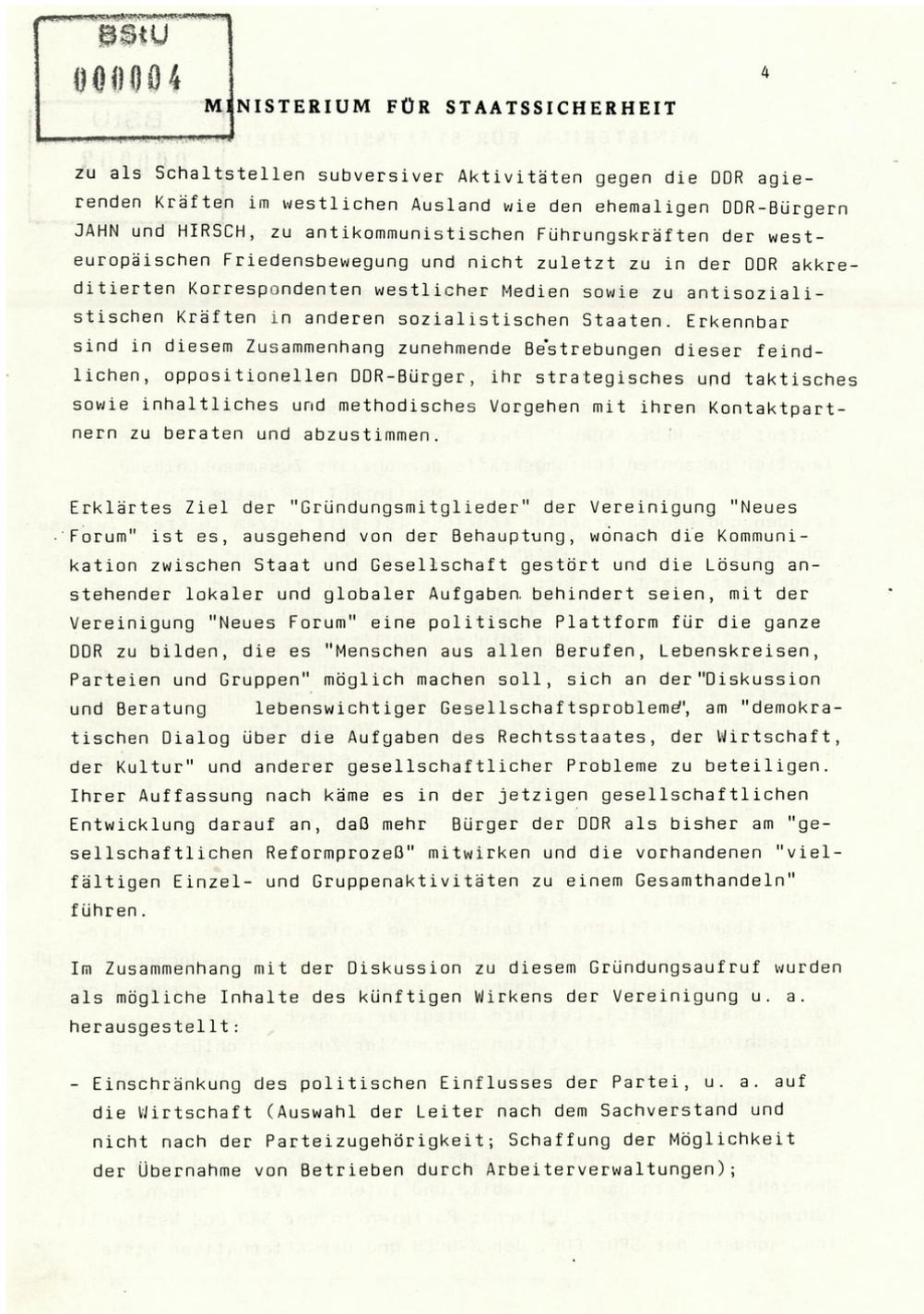
Blatt 2

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl 1-27

Blatt 3

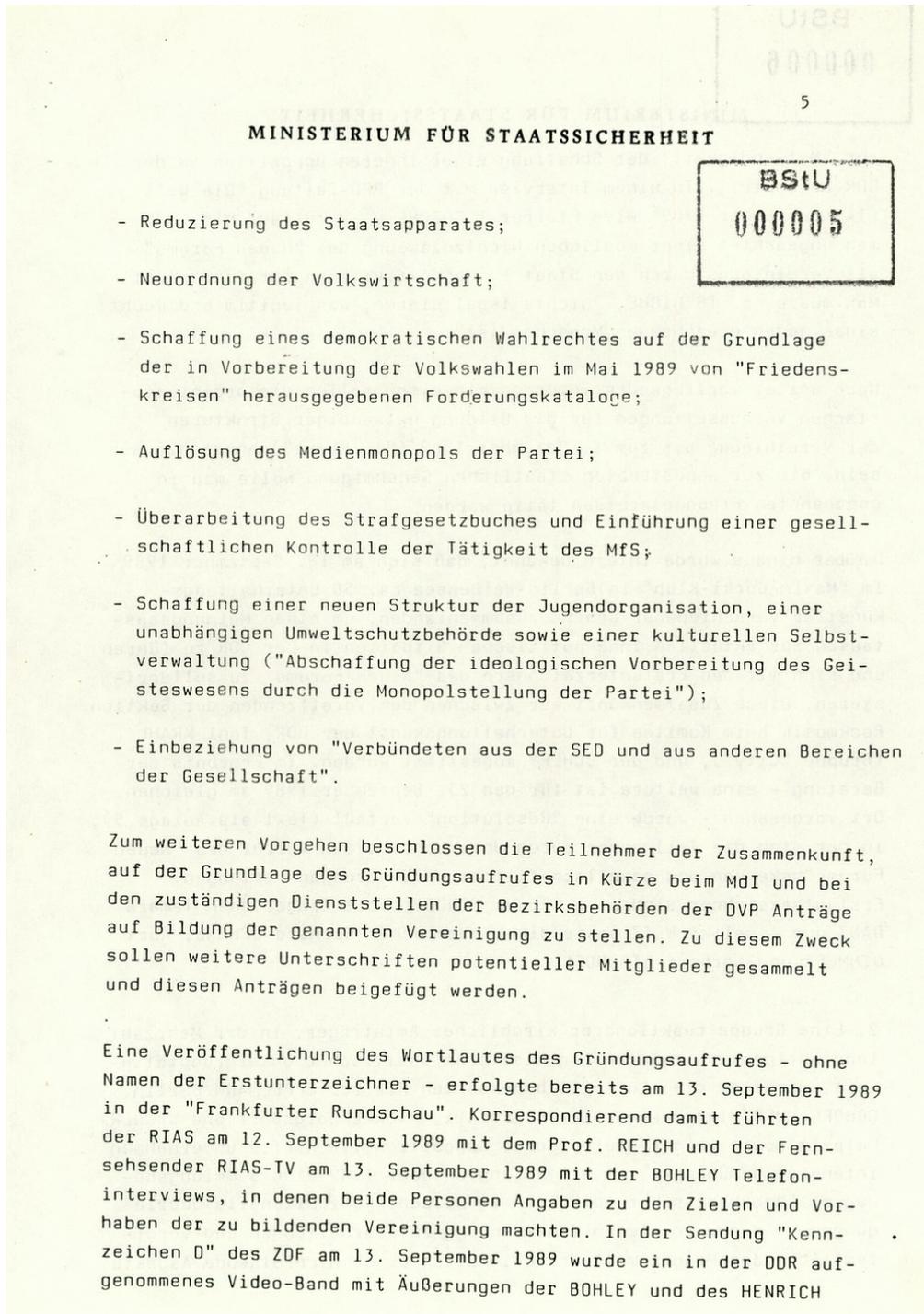
Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl 1-27

Blatt 4

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, BL 1-27

Blatt 5

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen

BStU 000006	6
----------------	---

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

zur "Notwendigkeit" der Schaffung einer inneren Opposition in der DDR abgespielt. In einem Interview mit der BRD-Zeitung "Die Welt" (14. September 1989) wies Pfarrer TSCHICHE u. a. darauf hin, daß man ungeachtet einer möglichen Nichtzulassung des "Neuen Forums" als Vereinigung durch den Staat in den Aktivitäten fortfahren wolle. Man müsse, so TSCHICHE, "nichts legalisieren, was legitim und Recht eines jeden erwachsenen Menschen ist".

Nach weiter vorliegenden internen Hinweisen sollen die organisatorischen Voraussetzungen für die Bildung notwendiger Strukturen der Vereinigung bis zum 1. Dezember 1989 ("1. Phase") abgeschlossen sein. Bis zur angestrebten staatlichen Genehmigung wolle man in sogenannten Freundeskreisen tätig werden.

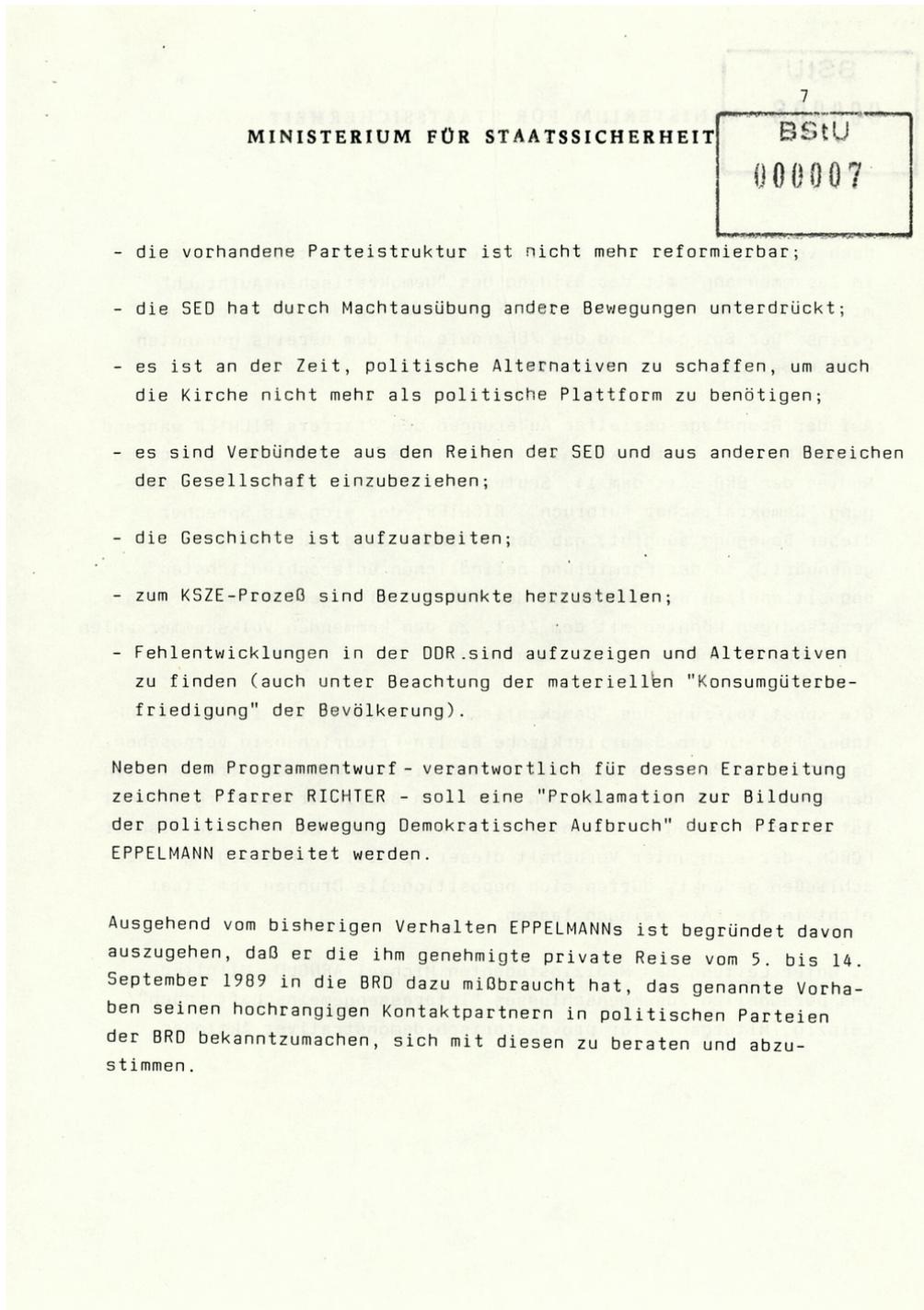
Darüber hinaus wurde intern bekannt, daß sich am 18. September 1989 im "Maxim-Gorki-Klub" in Berlin-Weißensee ca. 50 Unterhaltungskünstler verschiedener Genres zusammenfanden, um einen Meinungsaustausch zur aktuellen innenpolitischen Situation in der DDR zu führen und sich mit den Erstunterzeichnern des "Neuen Forums" zu solidarisieren. Diese Zusammenkunft war zwischen dem Vorsitzenden der Sektion Rockmusik beim Komitee für Unterhaltungskunst der DDR, Toni KRAHL (Gruppe "City"), und der BOHLEY abgestimmt worden. Im Ergebnis der Beratung - eine weitere ist für den 25. September 1989 am gleichen Ort vorgesehen - wurde eine "Resolution" verfaßt (Text als Anlage 5), in der sich die Teilnehmer durch Unterschrift zum Aufruf des "Neuen Forums" bekennen und gesellschaftliche Veränderungen verlangen. Erstunterzeichner sind u. a. Frank SCHÖBEL, die Sängerinnen Tamara DANZ und Angelika WEIZ sowie die Liedermacher Gerhard SCHÖNE, Kurt DEMMLER und Norbert BISCHOFF.

2. Eine Gruppe reaktionärer kirchlicher Amtsträger, in der Mehrzahl langjährige Inspiratoren/Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit, darunter die hinlänglich bekannten Pfarrer EPELMANN/Berlin, SCHORLEMMER/Wittenberg, RICHTER/Erfurt, PAHNKE/Borgsdorf und WAGNER/Leipzig sowie weitere feindliche, oppositionelle Kräfte unternahmen intensive Bemühungen, um bis Anfang Oktober 1989 eine Sammlungsbewegung "Demokratischer Aufbruch" zu bilden. Konzeptionelle Überlegungen zu einem in diesem Zusammenhang zu erarbeitenden und veröffentlichenden Programmentwurf beinhalten u. a. nachfolgende Aspekte:

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl 1-27

Blatt 6

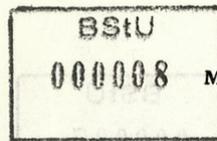
Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl. 1-27

Blatt 7

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



8

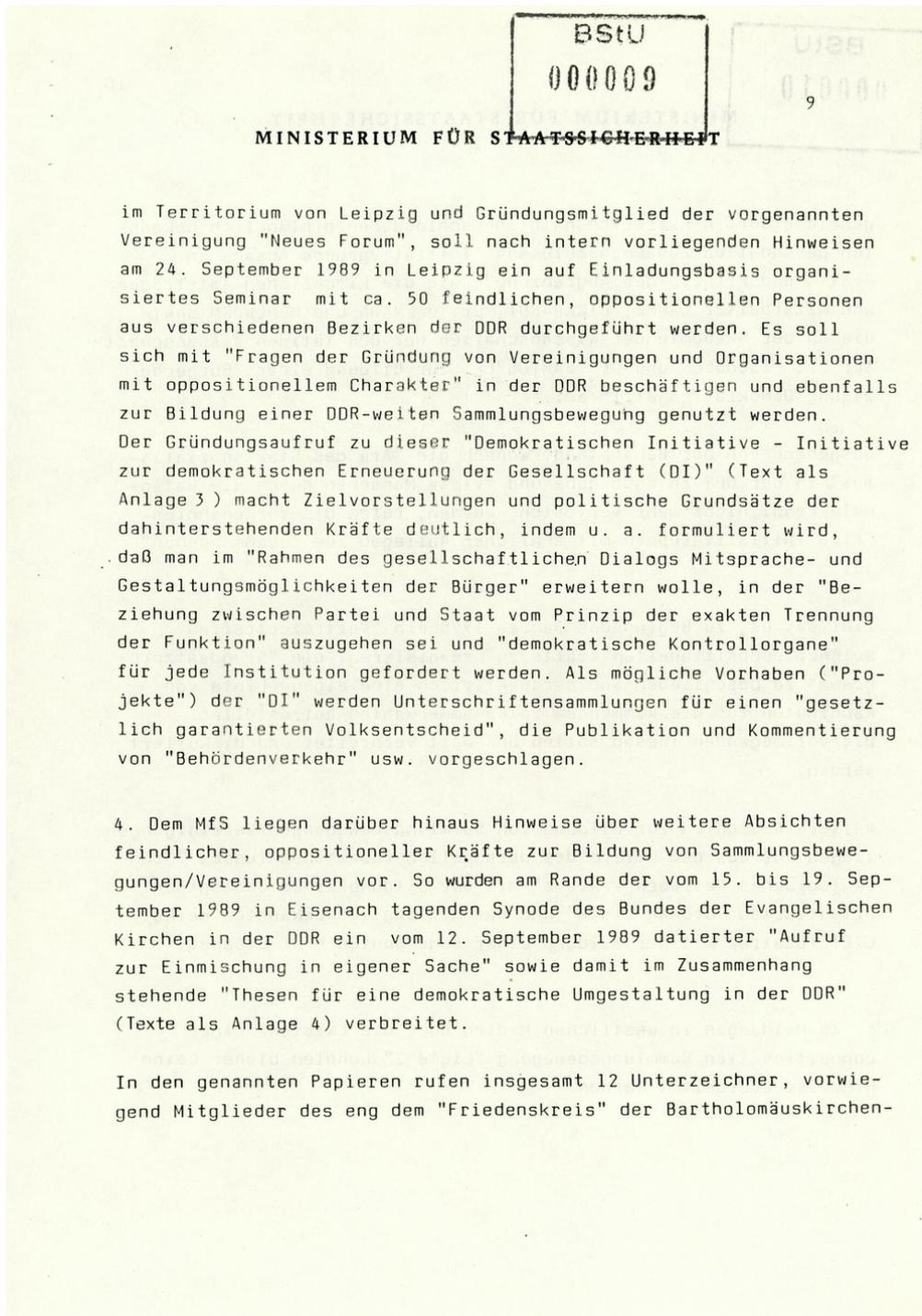
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Nach vorliegenden streng internen Informationen steht EPELMANN im Zusammenhang mit der Bildung des "Demokratischen Aufbruch" mit in der DDR akkreditierten Korrespondenten des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" und des ZDF sowie mit dem bereits genannten HIRSCH/Westberlin in Verbindung.

Auf der Grundlage gezielter Äußerungen des Pfarrers RICHTER während einer ihm gestatteten kirchlichen Dienstreise in die BRD berichten Medien der BRD seit dem 14. September 1989 über die Sammlungsbewegung "Demokratischer Aufbruch". RICHTER, der sich als Sprecher dieser Bewegung ausgibt, gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die gegenwärtig in der Formierung befindlichen unterschiedlichsten oppositionellen Bewegungen in der DDR auf eine gemeinsame Strategie verständigen könnten mit dem Ziel, zu den kommenden Volkskammerwahlen als "oppositionelle Liste" anzutreten.

Die Konstituierung des "Demokratischen Aufbruch" ist für den 1. Oktober 1989 in der Samariterkirche Berlin-Friedrichshain vorgesehen. Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß dieses Vorhaben kirchenleitenden Personen der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg bekannt ist und von diesen z. T. unterstützt wird. Nach Meinung von Bischof FORCK, der sich unter Vorbehalt dieser "politischen Bewegung" anzuschließen gedenkt, dürfen sich oppositionelle Gruppen vom Staat nicht in die Knie zwingen lassen.

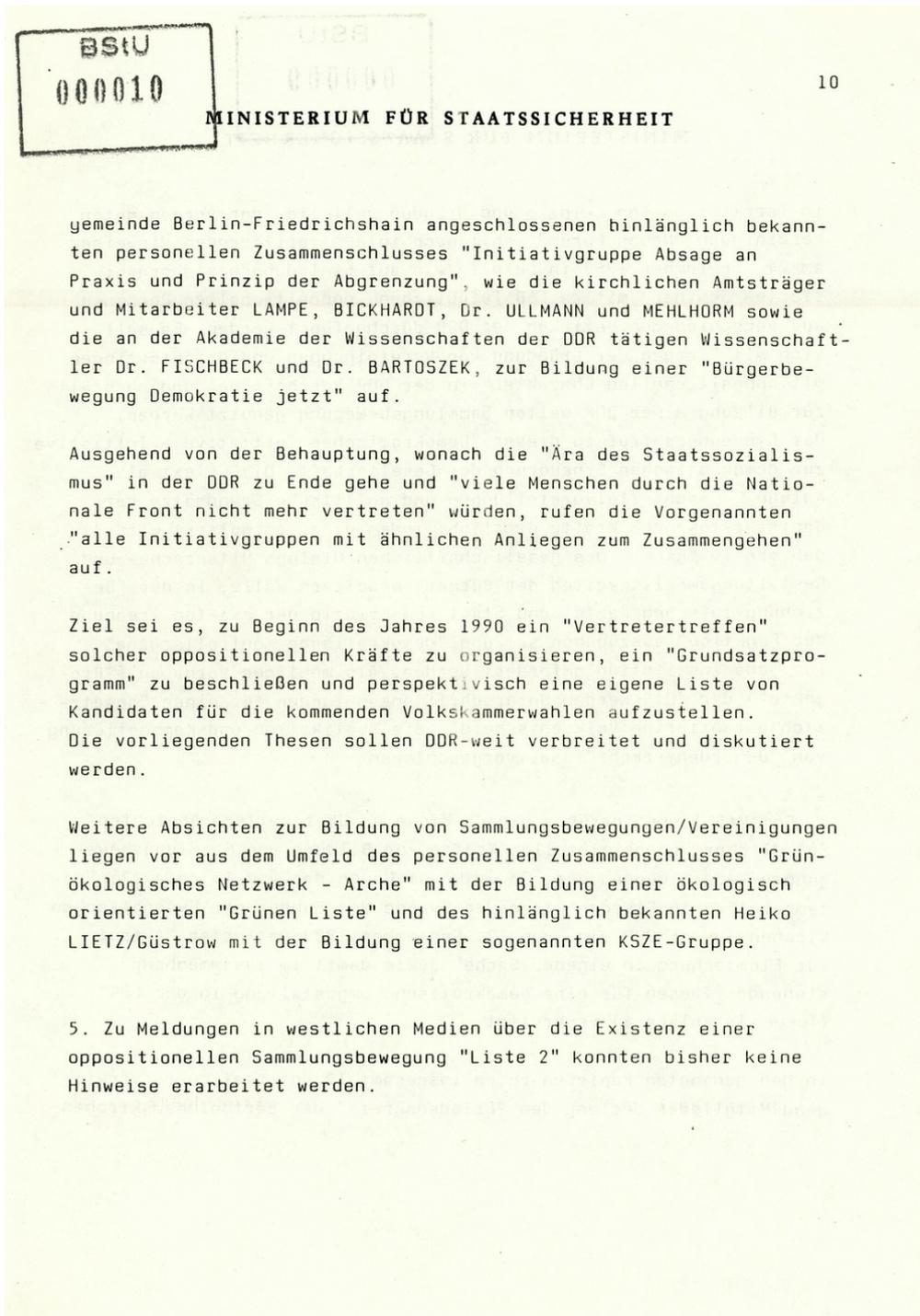
3. Unter Leitung des Medizinstudenten Michael ARNOLD, Mitglied des personellen Zusammenschlusses "Interessengemeinschaft Leben"/Leipzig, Mitorganisator provokatorisch-demonstrativer Aktionen

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl 1-27

Blatt 9

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen

11

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000011

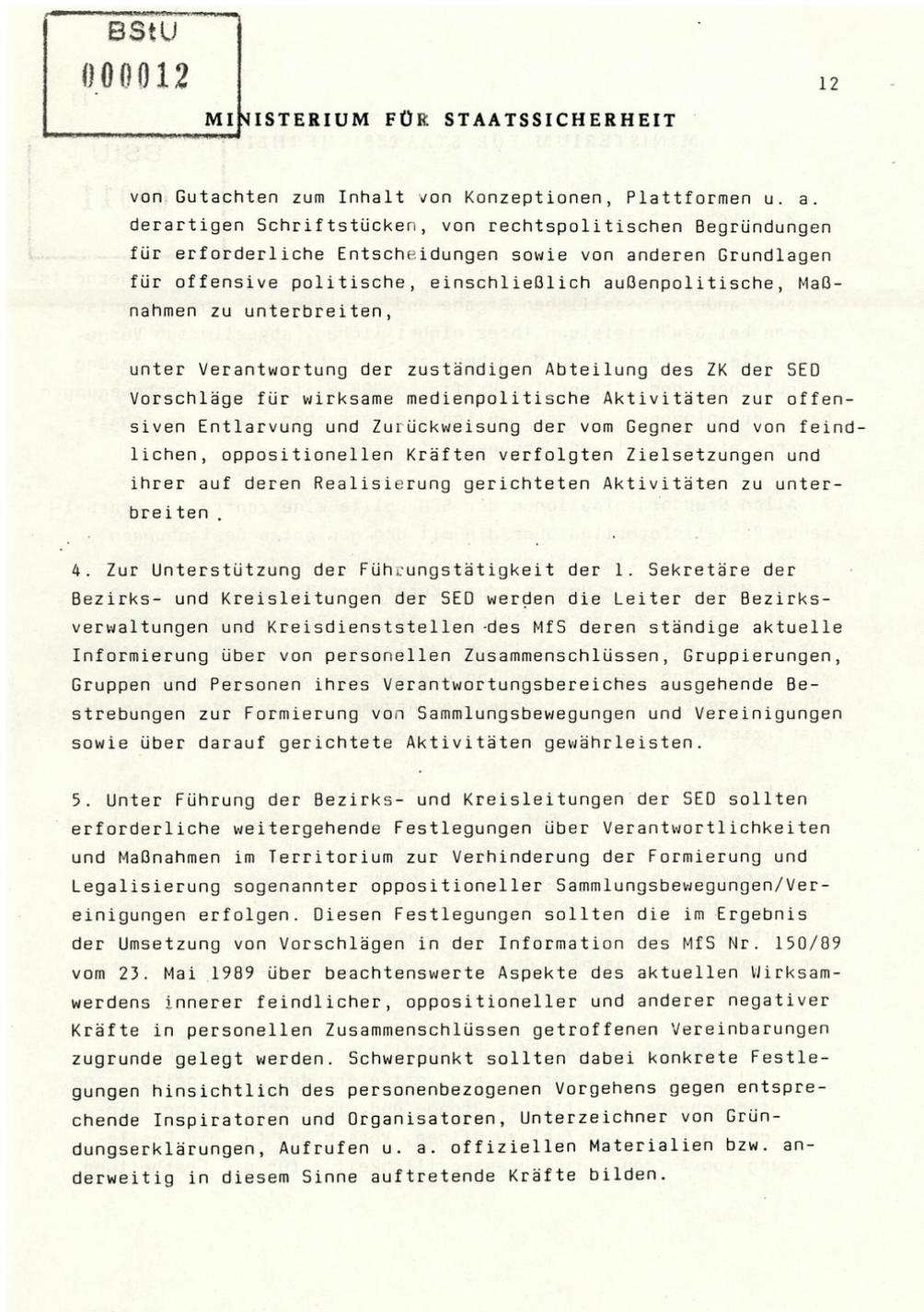
Es wird vorgeschlagen:

1. Unter Führung der Partei sollten durch die zuständigen Sicherheitsorgane, anderen staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen bei Gewährleistung ihres einheitlichen, abgestimmten Vorgehens alle erforderlichen Maßnahmen zur Unterbindung der Formierung feindlicher, oppositioneller Kräfte in DDR-weiten Sammlungsbewegungen bzw. Vereinigungen, einschließlich von Versuchen, diese zu legalisieren, eingeleitet und durchgesetzt werden.
2. Allen Grundorganisationen der SED sollte eine zentral zu erarbeitende Parteiinformation über die mit den genannten Bestrebungen verfolgten antisozialistischen Ziele, die notwendigen grundsätzlichen Maßnahmen zur Unterbindung derartiger Bestrebungen sowie die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Grundorganisationen der SED zur offensiven politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit feindlichen, oppositionellen und anderen negativen Kräften, ihren Konzeptionen, Plattformen und Argumenten sowie geplanten und praktizierten Vorgehensweisen übergeben werden.
3. Mit dem Ziel der breiten und wirksamen Nutzung der gesellschaftlichen Potenzen sollten Entscheidungen über Aufgaben und Verantwortlichkeiten von staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen bezüglich der in geeigneten Formen zu führenden politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit Zielsetzungen, entsprechenden Konzeptionen, Plattformen und Argumenten der Inspiratoren und Organisatoren der genannten Bestrebungen getroffen und durchgesetzt werden. In diesem Zusammenhang wird es für zweckmäßig erachtet,

unter Führung der zuständigen Abteilungen des ZK der SED kurzfristig eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Sicherheitsorgane, entsprechender staatlicher Organe und wissenschaftlicher Einrichtungen mit dem Ziel zu bilden, Vorschläge für die Festlegung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten für die Erarbeitung

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl 1-27

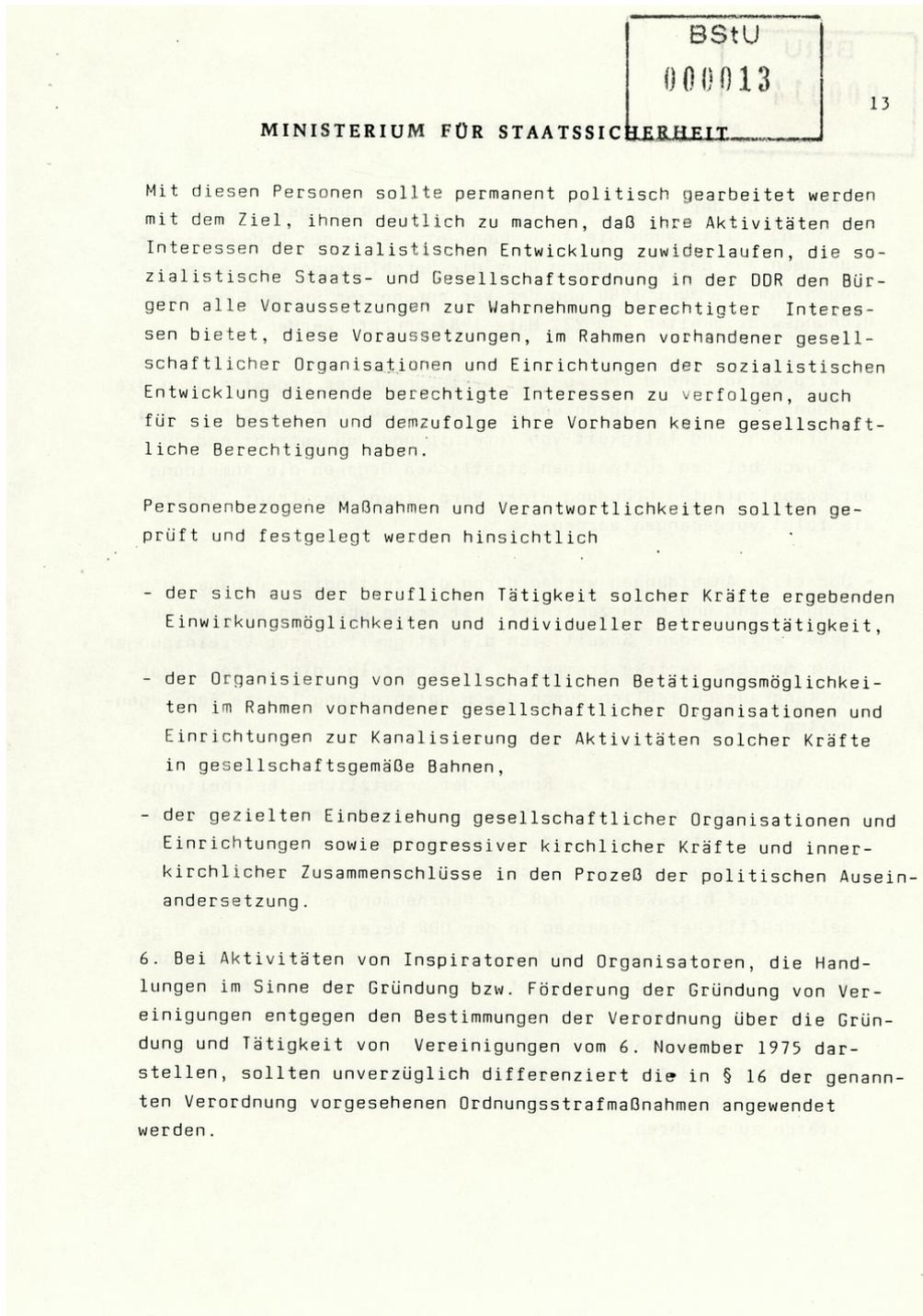
Blatt 11

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen

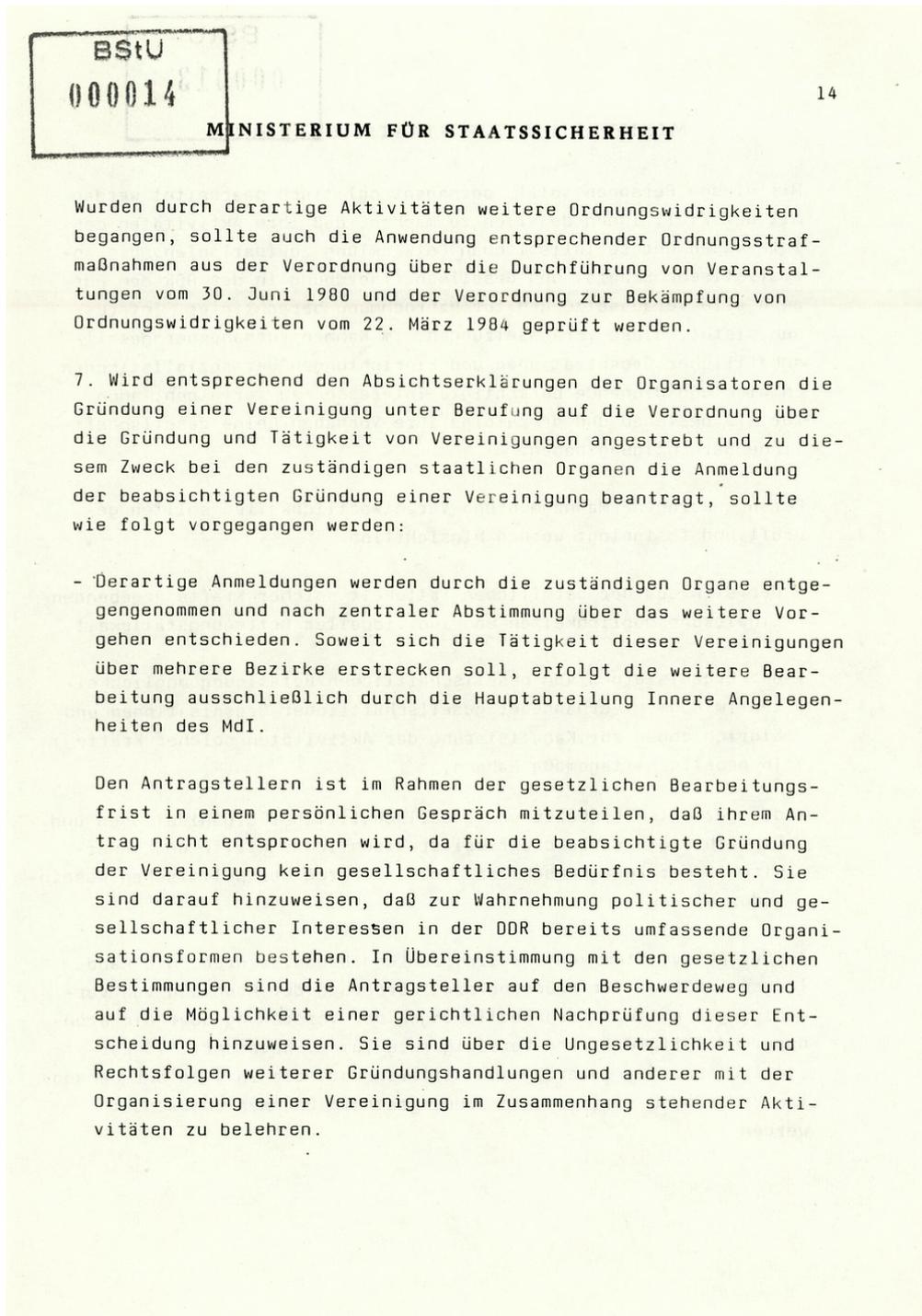
Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl 1-27

Blatt 12

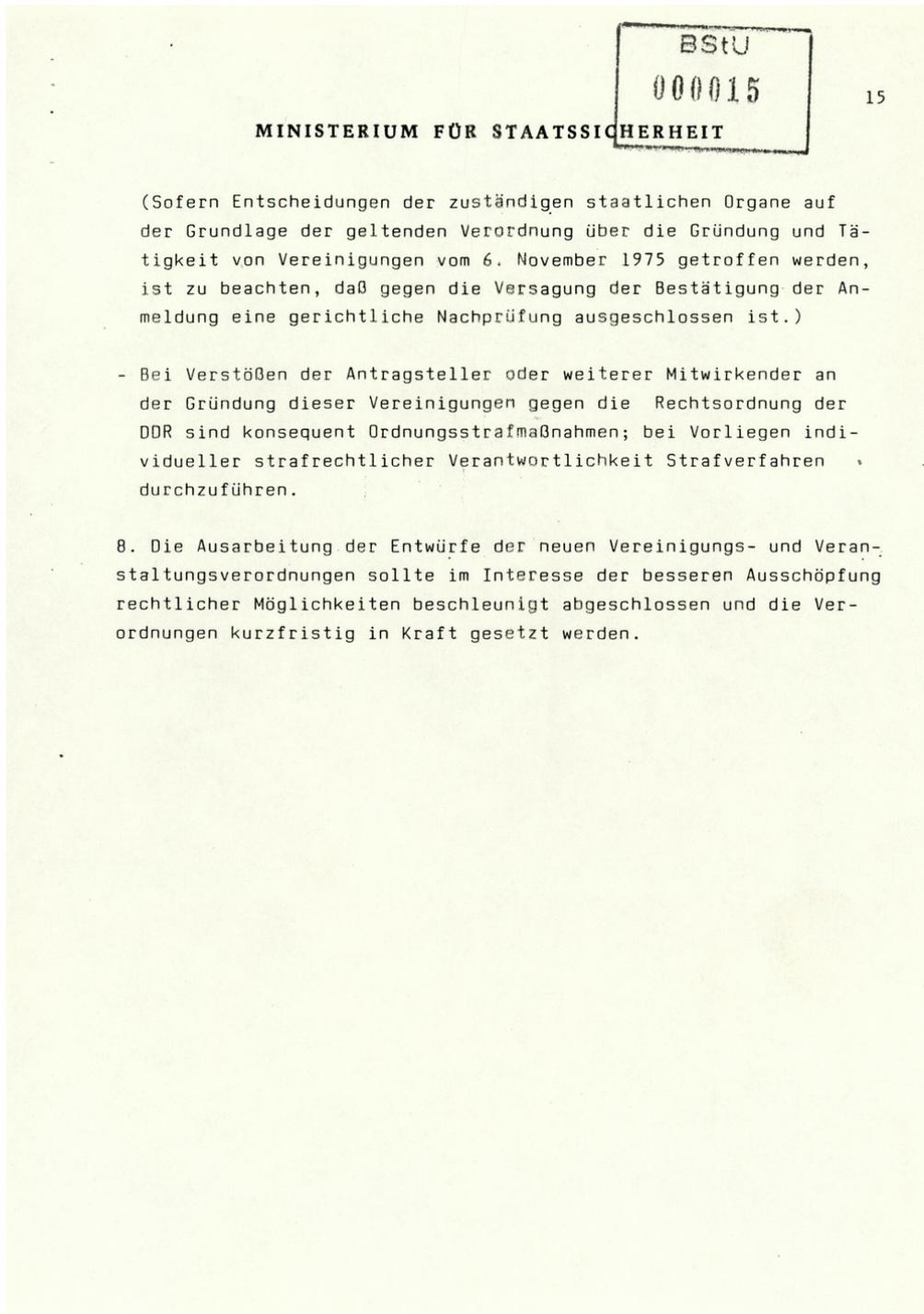
Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl 1-27

Blatt 15

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen

Anlage 1 zur Information Nr. 416/89

BStU
000016

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Zum Aufruf
der Initiativgruppe
"Sozialdemokratische Partei in der DDR"

So kann es nicht weitergehen!
Viele warten darauf, daß sich etwas ändert,
Das aber reicht nicht aus!
Wir wollen das unsere tun.

Die notwendige Demokratisierung der DDR hat die grundsätzliche Be-
streitung des Wahrheits- und Machtanspruchs der herrschenden Partei
zur Voraussetzung.

Wir brauchen eine offene geistige Auseinandersetzung über den Zustand
unseres Landes und seines künftigen Weges.

Das bedarf programmatischer Bemühungen und solcher Bürger, die die
dafür notwendige Kompetenz mitbringen bzw. gewinnen wollen.

Wir, die Unterzeichnenden, halten für den künftigen Weg unserer
Gesellschaft die Bildung einer s o z i a l d e m o k r a t i s c h e
P a r t e i für wichtig.

Unser Ziel:
eine ökologisch orientierte soziale Demokratie

Das erfordert die klare Trennung von Staat und Gesellschaft und

- die sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte der
Bürger und die ihnen entsprechende Wahrnehmung von Verant-
wortung zu ermöglichen, zu stärken und zu schützen;
- den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von
Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Genera-
tionen zu gewährleisten.

Wir fordern alle, die den nachfolgenden unverzichtbaren programmati-
schen Orientierungen zustimmen, auf, sich vor Ort zusammenzuschließen.

- + Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung
- + parlamentarische Demokratie und Parteienpluralismus
- + relative Selbständigkeit der Regionen (Länder), Kreise,
Städte und Kommunen (finanziell, wirtschaftlich,
kulturell),
- + soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot zur
Verhinderung undemokratischer Konzentrationen ökonomischer
Macht,
- + Demokratisierung der Strukturen des Wirtschaftslebens
- + Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht.

Wir suchen mit allen, die sich zu diesen Grundprinzipien zusammenfin-
den, solidarische und verbindliche Organisationsformen.

Wer sich mit uns nicht in Übereinstimmung sieht, erkläre sich und
bestimme seine eigene demokratische Perspektive.

Wir suchen ein Bündnis mit allen, die an einer grundlegenden Demo-
kritisierung unseres Landes mitarbeiten wollen.

Martin Gutzeit Breite Str. 20 Marwitz 1421	Markus Meckel W.-Rathenau-Str. 19.a Niederndodeleben 3107
Arndt Noack Karl-Marx-Platz 15 Greifswald 2200	Ibrahim Böhme Chodowickistr. 41 Berlin 1058

12. September 1989

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl. 1-27

Blatt 16

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen

Anlage 2 zur Information Nr. 416/89

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Aufbruch 89 - NEUES FORUM

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein.

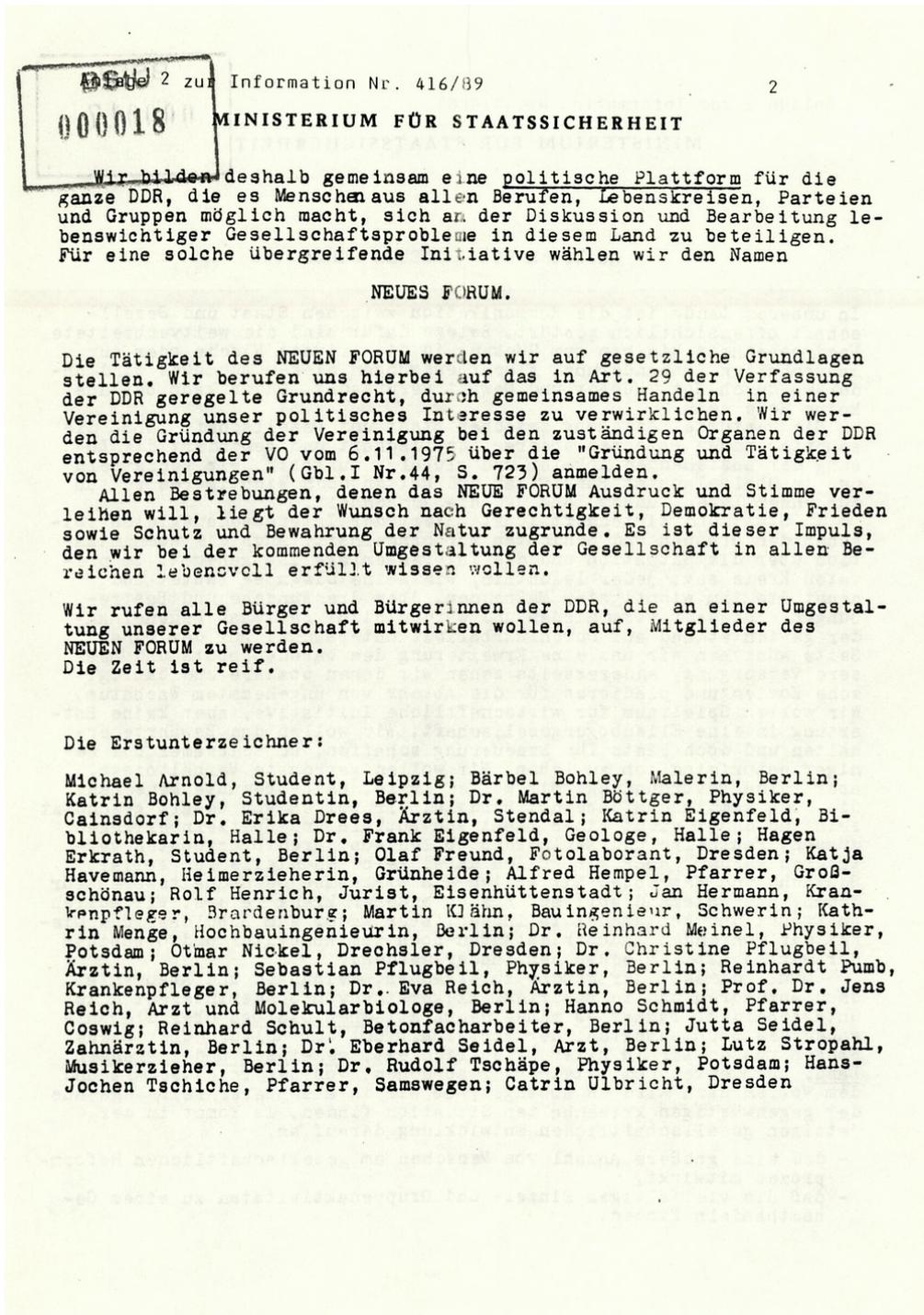
Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit.

In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreis sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet und nennt die ihm wichtigsten Maßnahmen. Aber die Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf Durchführbarkeit untersucht. Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewußte Menschen, die doch gemeinschaftsbewußt handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden; aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden.

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Willen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,

- daß eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt,
- daß die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.

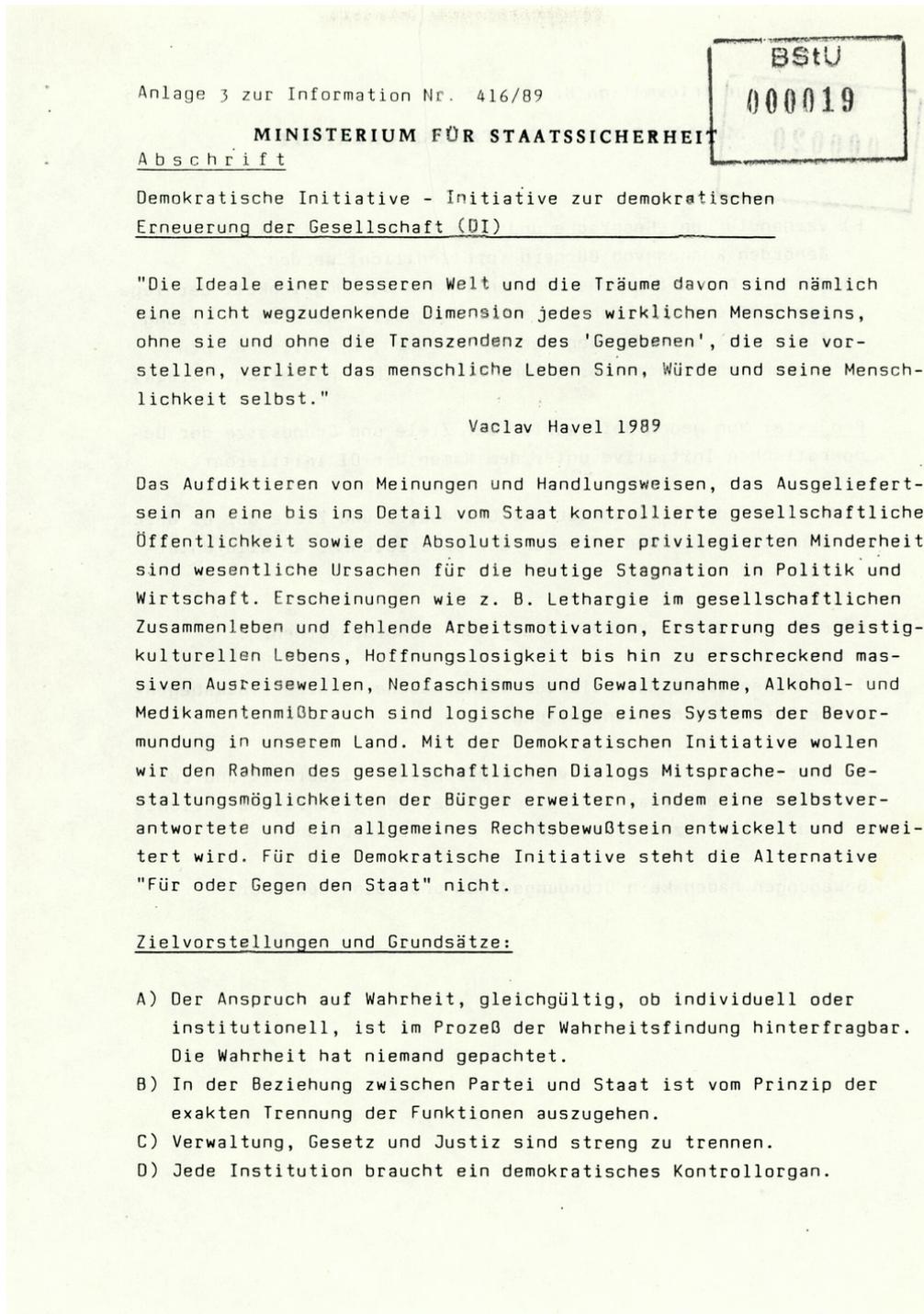
Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



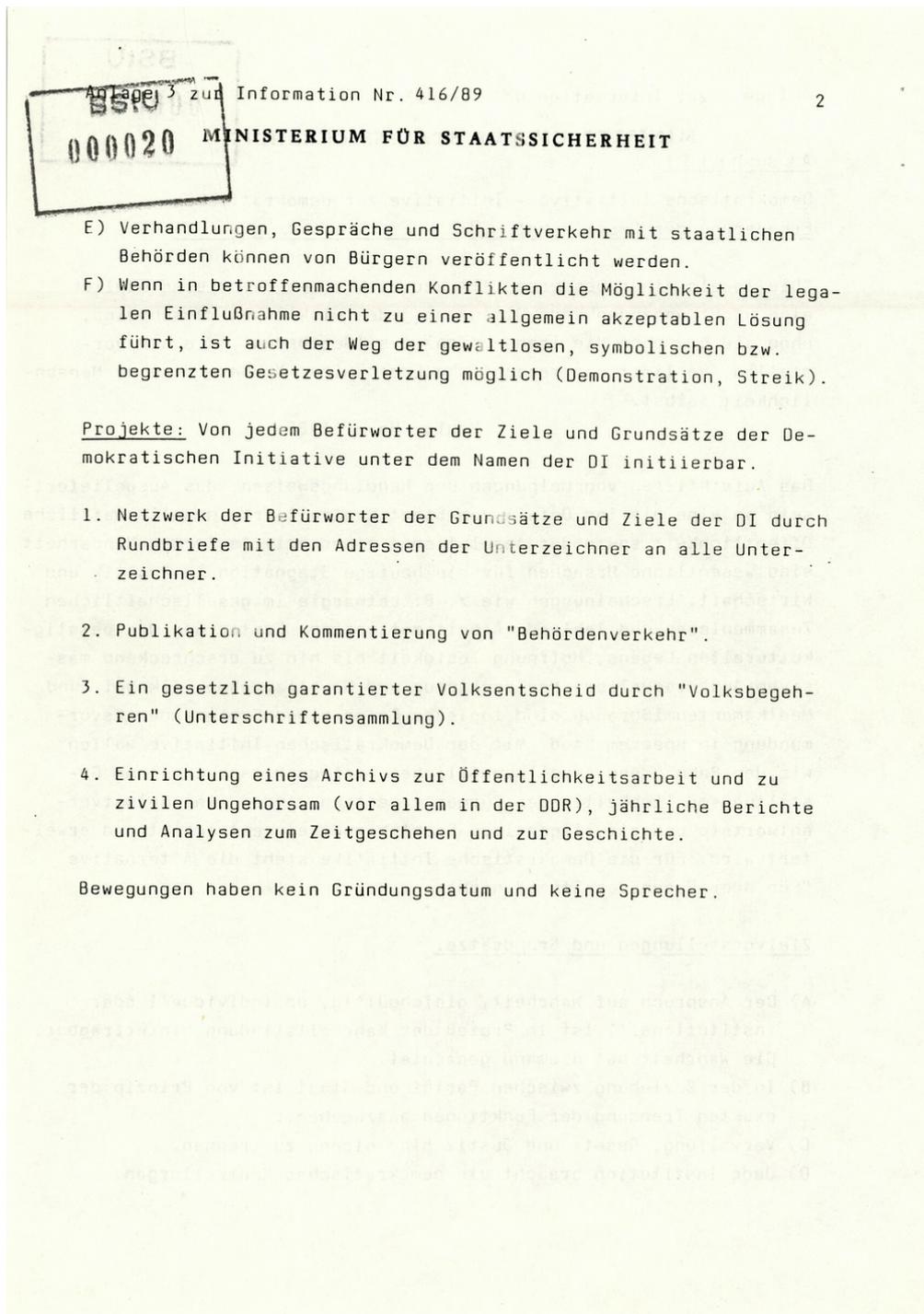
Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, BL 1-27

Blatt 18

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen

Anlage 4 zur Information Nr. 416/89

BSTU
000021

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Berlin, den 12. Sept. 1989

Aufruf zur Einmischung in eigener Sache

Liebe Freunde, Mitbürgerinnen, Mitbürger und Mitbetroffene!

Unser Land lebt in innerem Unfrieden. Menschen reiben sich wund an den Verhältnissen, andere resignieren. Ein großer Verlust an Zustimmung zu dem, was in der DDR geschichtlich gewachsen ist, geht durch das Land. Viele vermögen ihr Hiersein kaum noch zu bejahen. Viele verlassen das Land, weil Anpassung ihre Grenzen hat.

Vor wenigen Jahren noch galt der "real existierende" Staatssozialismus als der einzig mögliche. Seine Kennzeichen sind das Machtmonopol einer zentralistischen Staatspartei, die staatliche Verfügung über die Produktionsmittel, die staatliche Durchdringung und Uniformisierung der Gesellschaft und die Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger. Trotz seiner unbestreitbaren Leistungen für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit ist es heute offenkundig, daß die Ära des Staatssozialismus zu Ende geht. Er bedarf einer friedlichen, demokratischen Erneuerung.

Eingeleitet und gefördert durch die Initiative Gorbatschows wird in der Sowjetunion, Ungarn und Polen der Weg der demokratischen Umgestaltung beschritten. Enorme ökonomische, soziale, ökologische und auch ethnische Probleme stellen sich in den Weg und können die Umgestaltung zum Scheitern bringen mit unheimlichen Konsequenzen für die ganze Welt. Was die sozialistische Arbeiterbewegung an sozialer Gerechtigkeit und solidarischer Gesellschaftlichkeit angestrebt hat, steht auf dem Spiel. Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß.

Entgegen aller Schönfärberei sind die politischen, ökonomischen und ökologischen Krisenzeichen des Staatssozialismus auch "in den Farben der DDR" unübersehbar. Nichts aber deutet darauf hin, daß die SED-Führung zum Umdenken bereit ist. Es scheint, als spekuliere sie auf ein Scheitern der Reformen in der Sowjetunion. Es kommt aber darauf an, die demokratische Umgestaltung mitzuvollziehen.

Die politische Krise des staatssozialistischen Systems der DDR wurde besonders deutlich durch die Kommunalwahlen am 7. 5. 89. Die Doktrin von der "moralisch-politischen Einheit von Partei, Staat und Volk", die das von Wahlen unabhängige Machtmonopol rechtfertigen soll, konnte nur noch durch eine Wahlfälschung vor dem Gegenbeweis geschützt werden. 10 bis 20 % der Bevölkerung der großen Städte haben den Kandidaten der Nationalen Front offen ihre Zustimmung verweigert. Zweifellos wäre diese Zahl bei geheimen Wahlen noch erheblich höher ausgefallen.

So viele Menschen werden durch die Nationale Front nicht mehr vertreten. Sie haben keine politische Vertretung in der Gesellschaft. Der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach einer Demokratisierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft kann in der DDR noch immer nicht öffentlich zur Sprache gebracht werden. Deshalb rufen wir auf zu einer

BÜRGERBEWEGUNG "DEMOKRATIE JETZT".

Wir wenden uns an alle, die von der Not unseres Landes betroffen sind. Wir laden alle Initiativgruppen mit ähnlichen Anliegen zum Zusammengehen ein. Insbesondere hoffen wir auf ein Bündnis von Christen und kritischen Marxisten. Laßt uns gemeinsam nachdenken über unsere Zukunft, über eine solidarische Gesellschaft, in der

Signatur: BSTU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl 1-27

Blatt 21

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen

BSU
Anlage zur Information Nr. 416/89
000022

2

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

- soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde für alle gewahrt sind,
- der gesellschaftliche Konsens im öffentlichen Dialog gesucht und durch den gerechten Ausgleich verschiedener Interessen verwirklicht wird,
- die verantwortliche und schöpferische Arbeit der Bürgerinnen und Bürger einen lebendigen Pluralismus unseres Gemeinwesens schafft,
- Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit den inneren Frieden sichern,
- Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht werden,
- Wohlstand nicht mehr auf Kosten der armen Länder gemehrt wird,
- Lebenserfüllung in Gemeinschaftlichkeit und schöpferischem Tun für das Gemeinwohl mehr als bisher gesucht und gefunden werden kann.

Alle, die sich beteiligen wollen, laden wir ein zu einem Dialog über Grundsätze und Konzepte einer demokratischen Umgestaltung unseres Landes. Im Januar oder Februar 1990 wollen wir zu einem Vertretertreffen dorer, die sich beteiligen, einladen. Es sollte ein Grundsatzprogramm beschließen sowie Sprecherinnen und Sprecher wählen, die dieses Programm in den dringend erforderlichen Dialog aller gesellschaftlichen Kräfte einbringen können.

Wir hoffen auch auf die Möglichkeit, eine eigene Liste von Kandidaten für die bevorstehenden Volkskammerwahlen aufstellen zu können.

Als einen ersten unfertigen, unvollständigen und verbesserungsbedürftigen Gesprächsbeitrag fügen wir "Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR" bei. Schreiben Sie uns Ihre Meinung und Ihre Kritik. Wir bitten Sie um Vorschläge zur Veränderung, Erweiterung und Vertiefung. Schreiben Sie uns auch, wenn Sie diesen Aufruf unterstützen wollen und lassen Sie uns bitte wissen, wenn Sie uns organisatorisch unterstützen wollen. Schreiben Sie bitte an eine der folgenden Adressen.

Lassen Sie uns zusammengehen und gemeinsam die Hoffnung wieder aufrichten in unserem Land!

Wolfgang Apfeld, 1035 Berlin, Bänischstr. 37, Tel. 5 88 82 38
Dr. Michael Bartoszek, 1034 Berlin, Bersarinstr. 87, Tel. 5 88 80 12
Stephan Bickhardt, 1055 Berlin, Dimitroffstr. 86
Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, 1055 Berlin, Bötzowstr. 22
Rainer Flügge, 1054 Berlin, Christinenstr. 36, Tel. 2 81 89 32
Martin König, 1321 Briest, Kleine Str. 3, Tel. Passow 4 28
Reinhard Lampe, 1951 Dorf Zechlin, Dorfstr. 29, Tel. 0036293/409
Ludwig Mehlhorn, 1058 Berlin, Wörther Str. 35
Ulrike Poppe, 1035 Berlin, Rykestr. 28, Tel. 2 49 01 88
Dr. Wolfgang Ullmann, 1040 Berlin, Tieckstr. 17, Tel. 2 01 40 72
Dr. Gerhard Weigt, 1135 Berlin, Cotenstr. 5/120-01
Konrad Weiß, 1100 Berlin, Kreuzstr. 18b, Tel. 4 82 41 20

Bitte abschreiben und weitergeben.

Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, BL 1-27

Blatt 22

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen

Anlage 4 zur Information Nr. 416/89

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR

Das Ziel unserer Vorschläge ist es, den inneren Frieden unseres Landes zu gewinnen und damit auch dem äußeren Frieden zu dienen. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft mitgestalten und alle Lebensbereiche demokratisieren. Zugleich müssen wir ein neues, partnerschaftliches Verhältnis zu unserer natürlichen Mitwelt finden.

Wir wollen, daß die sozialistische Revolution, die in der Verstaatlichung stehen geblieben ist, weitergeführt und dadurch zukunftsfähig gemacht wird. Statt eines vormundschaftlichen, von der Partei beherrschten Staates, der sich ohne gesellschaftlichen Auftrag zum Direktor und Lehrmeister des Volkes überhoben hat, wollen wir einen Staat, der sich auf den Grundkonsens der Gesellschaft gründet, der Gesellschaft gegenüber rechenschaftspflichtig ist und so zur öffentlichen Angelegenheit (res publica) mündiger Bürgerinnen und Bürger wird. Soziale Errungenschaften, die sich als solche bewährt haben, dürfen durch ein Reformprogramm nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Als Deutsche haben wir eine besondere Verantwortung. Sie gebietet, daß das Verhältnis der deutschen Staaten beiderseits von ideologischen Vorurteilen befreit und in Geist und Praxis ehrlicher und gleichberechtigter Nachbarschaft gestaltet wird. Wir laden die Deutschen in der Bundesrepublik ein, auf eine Umgestaltung ihrer Gesellschaft hinzuwirken, die eine neue Einheit des deutschen Volkes in der Hausgemeinschaft der europäischen Völker ermöglichen könnte. Beide deutsche Staaten sollten um der Einheit willen aufeinander zu reformieren.

Die Geschichte auferlegt uns Deutschen eine besondere Friedenspflicht. Wir sollten ihr entsprechen durch eine Reduzierung der Verteidigungspotentiale der Nationalen Volksarmee und die Einführung eines sozialen Friedensdienstes als Alternative zum Wehrdienst.

1. Vom Obrigkeitsstaat zur Republik

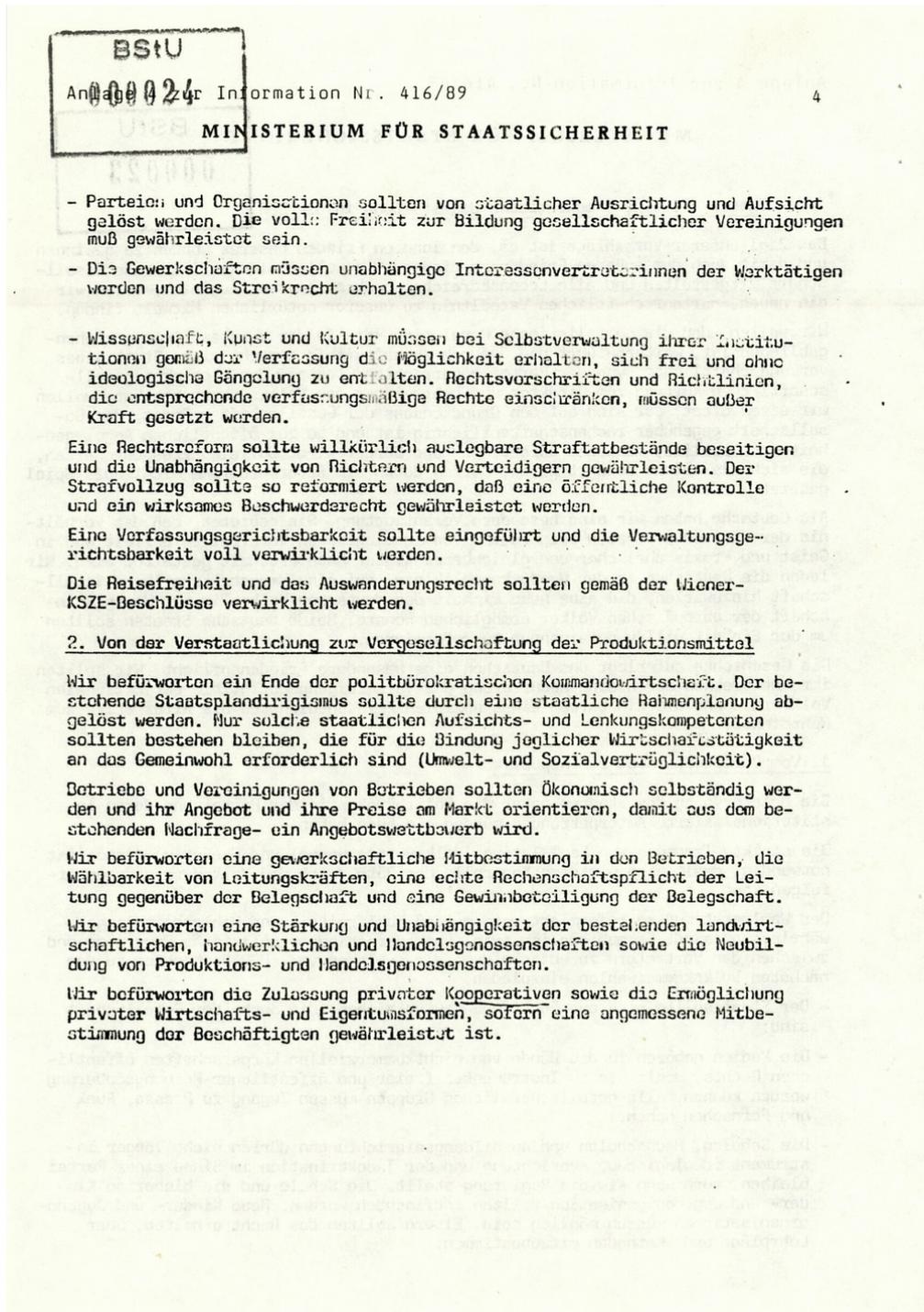
Die Unterordnung des Staates unter die Politbürokratie der Partei und deren institutionalisierte Ämterpatronage müssen ein Ende haben.

Die strikte Trennung von Legislative (Volksvertretungen) und Exekutive (Räte) ist notwendig, damit eine wirksame Kontrolle der Räte durch die Volksvertretungen erfolgen kann.

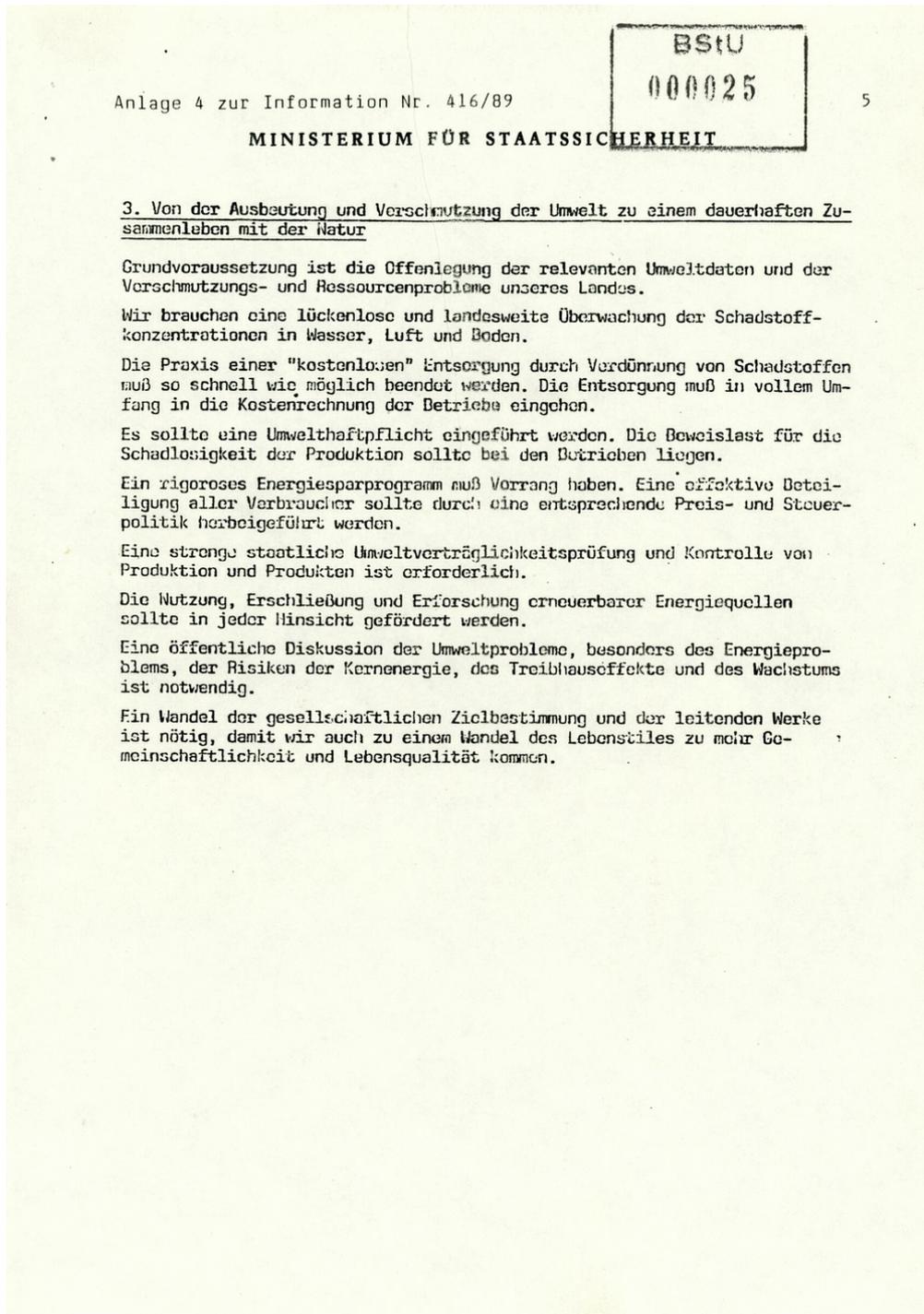
Das Wahlrecht muß so reformiert werden, daß Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis gewährleistet sind. Es muß möglich sein, über verschiedene politische Programme und zwischen den Vertretern zu entscheiden. Wir schlagen vor, UNO-Beobachter zu den nächsten Volkskammerwahlen einzuladen.

- Der Staat sollte sich aus Funktionen zurückziehen, die Sache der Gesellschaft sind:
- Die Medien gehören in die Hände von nichtkommerziellen Körperschaften öffentlichen Rechts, damit sie zu Instrumenten freier und öffentlicher Meinungsäußerung werden können. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen Zugang zu Presse, Funk und Fernsehen haben.
- Die Schulen, Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen dürfen nicht länger Instrument ideologischer Ausrichtung und der Indoktrination im Sinne einer Partei bleiben, auch wenn sie die Regierung stellt. Die Schule und die bisherige Kinder- und Jugendorganisation sollten entflochten werden. Neue Kinder- und Jugendorganisationen müssen möglich sein. Eltern sollten das Recht erhalten, über Lehrpläne und -Methoden mitzubestimmen.

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



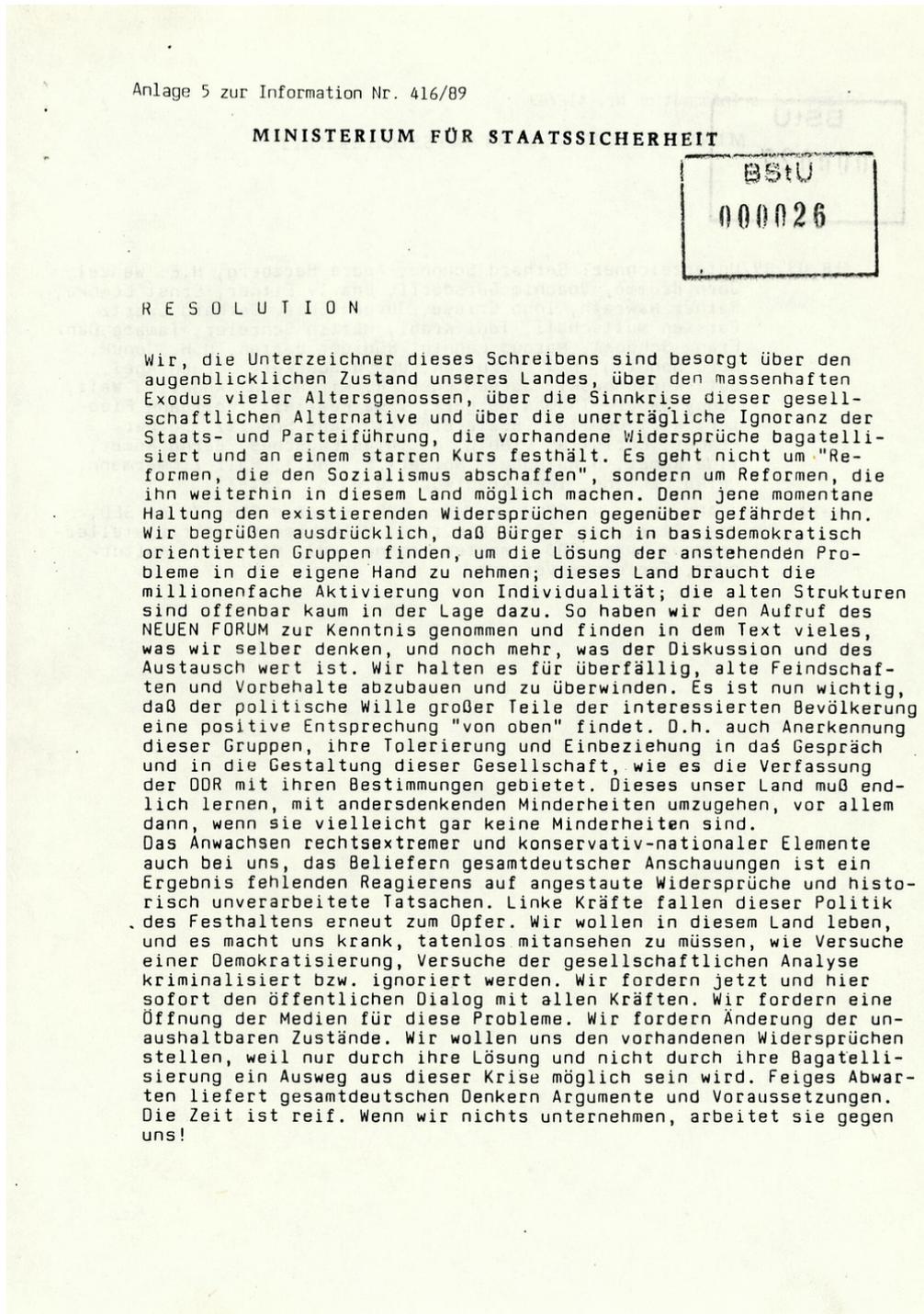
Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl 1-27

Blatt 25

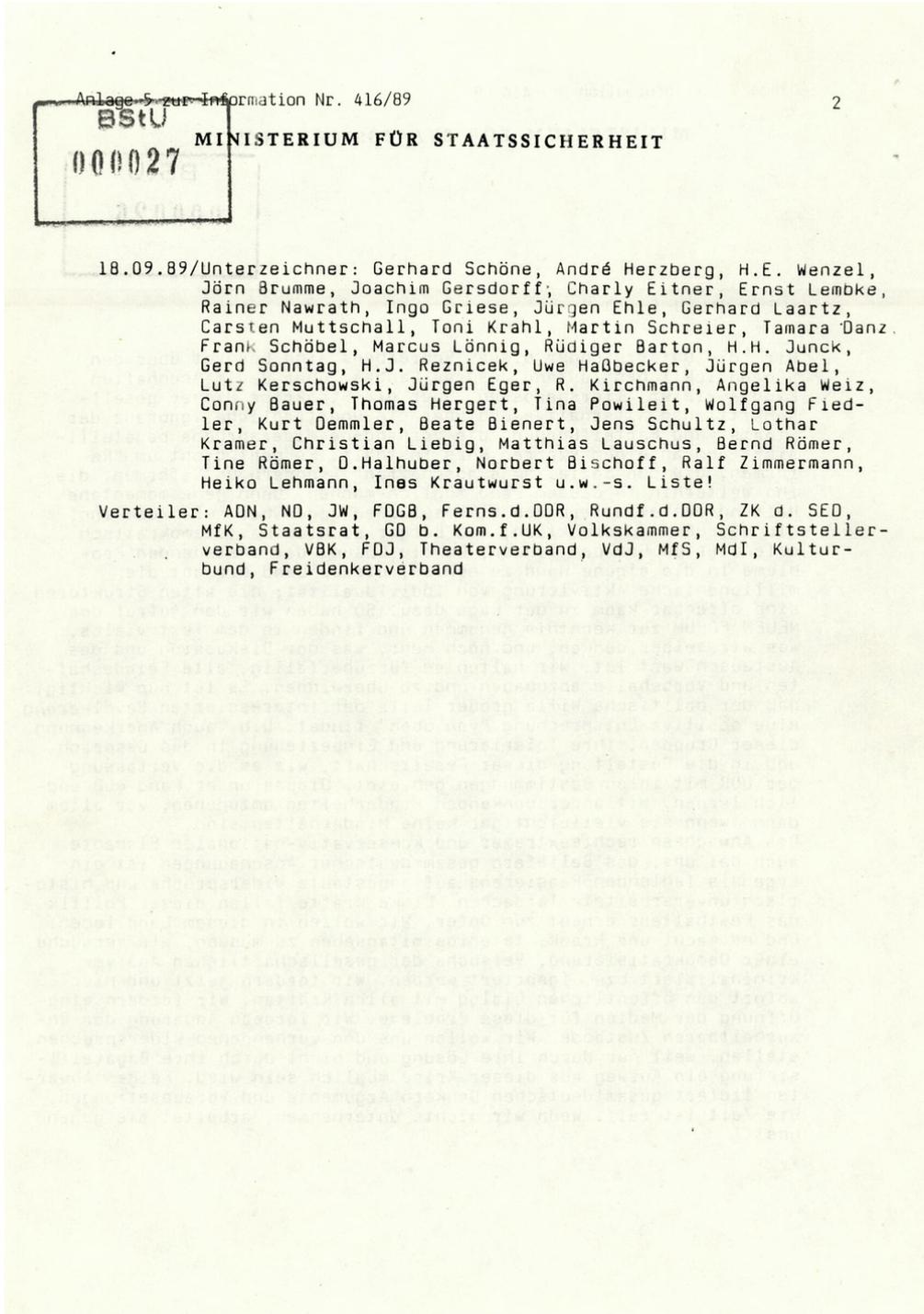
Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl 1-27

Blatt 26

Information über Bestrebungen oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen



Signatur: BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 8937, Bl 1-27

Blatt 27